

Offener Brief an die Arbeitsmarktpolitischen Sprecher/innen der in der Bremischen Bürgerschaft in Fraktionsstärke vertretenen Parteien

Aufforderung zu einer sozialen Arbeitsmarktförderung und zur Errichtung eines zweiten Arbeitsmarktes in Bremen

Vorbemerkung

Im Rahmen von Gemeinwesenarbeit wirken soziale Beschäftigungsbetriebe aktiv an der Vernetzung von Projekten und Institutionen im Bremer Osten mit. Arbeit ist im Kern soziale Kooperation und damit mehr als „Geld verdienen“! Sinnstiftende wertschätzende Arbeit im sozialen Zusammenhang bedeutet Integration und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Gerade jene, die von Langzeitarbeitslosigkeit über Jahre betroffen sind, sind hiervon ausgeschlossen. Eine soziale Arbeitsmarktförderung kann diese Ausgrenzung abmildern bzw. verhindern und hilft Armut zu reduzieren, schafft Lebensqualität und verhindert soziale Folgekosten.

Wir Quartiersmanager/innen haben uns im Bremer Osten aus den Stadtteilen Osterholz, Hemelingen und Neue Vahr bereits seit vielen Jahren mit den Beschäftigungsträgern zusammengeschlossen, um für Verbesserungen für diese Menschen in unseren Quartieren zu sorgen. Das ist Auftrag des Programms WIN Wohnen in Nachbarschaften. In mehreren großen arbeitsmarktpolitischen Konferenzen haben wir auf das Fehlen eines sozialen Arbeitsmarktes immer wieder hingewiesen.

Bewohnerorientierte und quartiersbezogene Betriebe, berufliche Qualifizierung und Integration sowie die Verbesserung der sozialen Infrastruktur sind wesentliche Merkmale eines sozialen Arbeitsmarktes. Deshalb fordert der Zusammenschluss der beschäftigungspolitischen Netzwerke im Bremer Osten grundsätzlich den Aufbau eines zweiten Arbeitsmarktes und eine faire und menschenwürdige Arbeitsmarktförderung insgesamt.

In erfolgreichen und nachhaltigen Projekten wie den Mütterzentren, dem Quartiersservice, dem Projekten MOKI- mobile und flexible Kinderbetreuung, der Bremer Tafel u.a. ist hinlänglich bewiesen worden, dass hier Integration gelingt. Durch die kontinuierlichen Kürzungen im Eingliederungstitel des Jobcenters und z.T. unsäglichen Rahmenbedingungen ist eine sinnvolle Förderung der Arbeitnehmer/innen und ihrer Familien erheblich erschwert worden. Es scheint, als wenn die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und die mittlerweile manifestierte Armut in Bremen ignoriert und nur Maßnahmen gefördert werden, die in den allgemeinen Arbeitsmarkt führen. Es fehlt die Brücke, in der eine Arbeitsfähigkeit schrittweise und umfassend über einen längeren Zeitraum erlernt werden kann. Auch gehört die Akzeptanz von sogenannter Minderleistung ebenfalls zu einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft.

Neue Bürgerschaft – Neue Arbeitsmarktförderung?

Die Bürgerschaft hat in den vergangenen Jahren gute Entscheidungen getroffen, wie etwa das Landesmindestlohngesetz oder den Wiedereinstieg des Landes in Arbeitsmarktförderung mit eigenen Mitteln. Das ist in dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenzahl in Westdeutschland auch unbedingt notwendig und war längst überfällig! Kleine Schritte, die bei vielen von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen aber noch nicht angekommen sind. Wir fordern **alle Parteien** auf, sich zu einer Förderung eines zweiten Arbeitsmarktes mit erheblichem Stellenumfang zu bekennen und sich dafür einzusetzen.

Wir fordern eine Beschäftigungsförderung mit einem Zweiten Arbeitsmarkt, der folgende Kriterien erfüllt:

Bezahlung

Ein Einkommen auch für geförderte Beschäftigte, von dem man leben kann: Die Entgelt-Eingruppierung soll perspektivisch tarifvertraglich festgelegt werden. Die Arbeitsverhältnisse müssen sozialversicherungspflichtig inklusive Arbeitslosenversicherung sein.

Arbeitszeit

Die Arbeitszeiten sollen flexibel nach Betriebs- und Beschäftigungsmöglichkeit gestaltet werden und den individuellen Bedürfnissen z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege von Familienangehörigen, von Alleinerziehenden, Älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen angepasst werden.

Beschäftigungsdauer

Langfristige Förderung muss endlich wieder ermöglicht werden, kein Ende nach zwei Jahren wie bisher! Bei öffentlichen und gemeinwohlorientierten Vereinen, Einrichtungen und sozialen Projekten muss es eine 100 % Förderung der Stellen geben. Bei sozialen Wirtschaftsbetrieben, die nachweislich in der Lage sind Einnahmen zu generieren, soll eine Eigenbeteiligung bis zu 25% möglich sein. Können Projekte weitere Einnahmen erzielen, sollen diese eingesetzt werden, um **ungeförderte** Beschäftigungsverhältnisse einzurichten.

Vorlauf

AGH MAE Maßnahmen sollen weiter als (Wieder-) Einstiegsmöglichkeit genutzt werden. Nach einer Zeitspanne, die individuell festgelegt wird (3 bis 24 Monate), kann es für diejenigen, bei denen absehbar ist, dass sie in den nächsten Jahren wahrscheinlich keine Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz haben, einen Wechsel in einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ geben. Besondere Zielgruppen sind Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Ältere und gesundheitlich eingeschränkte Personen.

Zusätzlichkeit

In allen unseren Gebieten dürfen die geförderten Beschäftigten kaum noch etwas erledigen, da die Zusätzlichkeit, sehr oft in Frage gestellt wird. Auch wir betrachten viele Dinge nicht als zusätzlich, sondern unbedingt notwendig für die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gemeinwesens!

Man kann nicht an allen „Ecken und Enden“ sparen und gleichzeitig diese Zusätzlichkeitsregel aufstellen, die darauf setzt, dass hier Dienstleistungen verpreist werden könnten. Wenn dem so wäre, wäre das als Marktsegment längst erkannt und genutzt worden.

Die Folge dieser verdrehten Zusätzlichkeitsregel darf aber nicht sein, dass diese Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden, sondern mit Wertschätzung und Unterstützung der Öffentlichen Hand anders gefördert werden!

Finanzierung

Die Aktivierung der passiven Hartz 4 Leistungen, eingesparte Kosten der Unterkunft und weitere öffentliche Mittel sollte die Grundlage von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit einem tariflich geregelten Entgelt sein. Bringen Sie den Passiv- Aktiv-Tausch auf den Weg.

Darüber hinaus fordern wir auch die Absicherung der bisherigen Projekte und Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, ein Bekenntnis zur Unterstützung der benachteiligten Quartiere mit den notwendigen Dienstleistungen! Diese Projekte sind bei Bürgerhäusern, gemeinnützigen Vereinen, Familienzentren und Wohlfahrtsorganisationen angesiedelt und tragen zum Zusammenhalt in den Quartieren bei. Die Auswirkungen dieser Dienstleistungen bewirken einen Nutzen für den gesamten Stadtteil.

Bitte setzen Sie sich für unsere Forderungen ein. Wir erwarten Ihre Rückmeldung und freuen uns über Ihre Besuche in unseren Quartieren.

Bremen, den 30.03.2015

Mit freundlichen Grüßen

Gez. für den Zusammenschluss der beschäftigungspolitischen Netzwerke im Bremer Osten

Dirk Stöver, Aykut Tasan, Stefan Kunold, Heike Schilling und Jörn Hermening